Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1932

27.8.1932 (No. 200)

Visual Library

Nr. 200 Samstag, den 27. August 1932 175. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. V.: C. A. Seyfried Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Aussichten des deutschen Wohnungsbaues

Auf dem 68. Deutschen Genossenschaftstag in **Dortmund** sprach im Rahmen der Verhandlungen der **Baugenossenschaften** der Verbandsdirektor des Hauptverbandes Deutscher Baugenossenschaften und -gesellschaften e. V., Berlin, Oberregierungsrat a. D. Dr. **Weber**, über das Thema „Wandlung des Baugenossenschaftswesens unter dem Einfluß der neueren Gesetzgebung", und Direktor **Wildermuth**, Berlin, über „Baugeld und Zwischenkredit".

Oberregierungrat Dr. **Weber** führte u. a. aus: Die Baugenossenschaften ständen am Beginn einer **neuen Periode ihrer Geschichte**. Sie würden jetzt einen Zeitraum ruhiger Entwicklung vor sich haben, den sie zu einer inneren Festigung des Baugenossenschaftswesens ausnutzen müßten. Die Entwicklung der Baugenossenschaften werde hauptsächlich von der allgemeinen Wirtschaftslage und der jeweiligen genossenschaftlichen und wohnungspolitischen Gesetzgebung beeinflußt. In der Nachkriegszeit habe zum Zweck einer Bekämpfung der Wohnungsnot ein Zeitraum starker finanzieller Förderung des Wohnungsbaues durch die öffentliche Hand eingesetzt. Da der Staat in den **gemeinnützigen Wohnungsunternehmen** geeignete Träger seiner Wohnungspolitik gesehen habe, seien viele geschäftstüchtige Leute der Meinung gewesen, es bedürfe nur der Gründung eines sogenannten gemeinnützigen Wohnungsunternehmens, um in den Besitz der staatlichen Beihilfen zu gelangen. Infolgedessen seien viele Baugenossenschaften und Gesellschaften gegründet worden, von denen aber eine große Zahl nach kurzer Zeit wieder zugrunde gegangen sei.

Der Grundsatz der Gemeinnützigkeit sei dann durch die **rein spekulativen Gründungen von Wohnungsunternehmen** stark geschädigt worden. So sei das äußere starke Aufblühen des Baugenossenschaftswesens in der Nachkriegszeit auch mit Nachteilen verbunden gewesen, die zu einem Wandel im Baugenossenschaftswesen geführt hätten. Die guten alten Baugenossenschaften und auch ein großer Teil der neuen hätten sich gegen diese Entwicklung gewehrt. Von diesen Kreisen seien Bestrebungen eingeleitet, die auf Beseitigung der eingetretenen Schäden hinzielten. Hierdurch sei erreicht worden, daß in der Gemeinnützigkeitsverordnung vom 30. Dezember 1931 **strenge Voraussetzungen für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit** eines Wohnungsunternehmens festgelegt worden seien. Damit sei der Weg für eine **Säuberung des Baugenossenschaftswesens** gewährleistet worden.

Direktor **E. Wildermuth**, Berlin, führte aus, daß der **Wert der Erzeugnisse des gesamten deutschen Baugewerbes** mit jährlich 8 bis 9 Milliarden Reichsmark angenommen werden könne und im Durchschnitt der Jahre 1925—1931 rund 6,7 bis 11,7 v. H. des Volkseinkommens betrage. Von den rund 17,8 Millionen Haushaltungen in Deutschland müßten auch gegenwärtig noch immer rund 1,2 Millionen auf eine eigene Wohnung verzichten, obwohl seit 1919 mit einem Wohnungszugang von 2,8 Millionen Wohnungen gerechnet werden könne. An den neu erstellten Wohnungen in den Groß- und Mittelstädten waren die gemeinnützigen Bauunternehmungen 1931 zu fast 60 v. H., die privaten Bauherren zu rund ein Drittel beteiligt, während der Rest auf öffentliche Körperschaften entfiel.

Zur Frage der **Finanzierung des Wohnungsbaues** wies der Redner auf die starke Abhängigkeit des Wohnungsmarktes von der Geld- und Kapitalmarktlage hin. Die schwierige Lage sei durch die Notverordnung vom 8. Dez. 1931 noch verstärkt worden, da langfristige Geldmittel zu den dort normierten Sätzen so gut wie nicht zu bekommen seien. Für die Beschaffung der notwendigen Mittel kämen in erster Linie private Versicherungsunternehmungen sowie die Träger der Sozialversicherung, in zweiter Linie die Sparkassen in Frage. Öffentliche Mittel stehen der deutschen Bauwirtschaft so gut wie nicht mehr zur Verfügung. Unter diesen Umständen verdiene die **Förderung der vorstädtischen Kleinsiedlung**, für die insgesamt aus öffentlichen Mitteln 73 Mill. RM. zur Verfügung gestellt werden sollen, um so größere Bedeutung. Durch die vorgesehene Reichshilfe sei zu erwarten, daß den innerlich gesunden Genossenschaften über die schweren Zeiten hinweggeholfen werde.

Reichskommissar und Landtag in Preußen. Der nationalsozialistische Präsident des Preußischen Landtags, **Kerrl**, hat in einem Schreiben an Reichskanzler von Papen gegen die Auffassung des stellvertretenden Reichskommissars Dr. Bracht Protest eingelegt, als ob die kommissarische preußische Regierung dem Landtage gegenüber nicht verantwortlich und an seine Beschlüsse nicht gebunden sei. Die Pflicht der kommissarischen preußischen Regierung sei es, lediglich sich auf die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände zu beschränken. Auch verlangt Kerrl den Erlaß einer Notverordnung, durch welche die verfassungswidrige Geschäftsordnungsänderung für nichtig erklärt wird.

Hamburgs Einspruch gegen Autarkie. Die große Organisation der Hamburger Wirtschaft, „Ein Ehrbarer Kaufmann", hielt eine Versammlung ab, in der sie in einer **Resolution** gegen bestehende Kontingentierungsbestrebungen Stellung nahm. Verschließe sich Deutschland gegen die Erzeugnisse fremder mit ihm im Handelsverkehr stehender Länder, so würden diese Länder weder imstande noch gewillt sein, fernerhin deutsche Industrieprodukte anzunehmen. Das bedeute aber Schädigung der Exportindustrie aller dem Verkehr dienenden Gewerbe sowie **Anwachsen der Arbeitslosigkeit**.

Letzte Nachrichten

Vor der Kanzlerreise nach Neudeck

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung

CNB. Berlin, 27. Aug. (Priv.-Tel.) In den zuständigen Ministerien ist man heute vormittag mit den letzten Formulierungen an dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung beschäftigt, so daß es nachmittags in der Kabinettssitzung endgültig verabschiedet werden kann. Der Reichskanzler wird dann heute abend mit dem fahrplanmäßigen Zuge nach Münster fahren, um das Wirtschaftsprogramm morgen mittag 12 Uhr in der Stadthalle in einer großen Rede vor den westfälischen Bauernvereinen der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Über den **Inhalt des Programms** wird in dem engen Kreise der wirklich unterrichteten Stelle **absolutes Stillschweigen** bewahrt. Es ist deshalb gar nicht möglich, positive und sichere Angaben zu machen. Was in der Presse darüber bisher geschrieben wurde, beruht auf Kombinationen. Es bleibt einfach nichts anderes übrig, als bis morgen zu warten. Dann erst wird man bestimmt wissen, ob die **Zwangsanleihe**, die **Zinssenkung** und vielleicht auch eine **Mietsenkung**, von der man neuerdings spricht, in dem Programm enthalten ist. Aus gutunterrichteten Wirtschaftskreisen verlautet, daß der Plan einer Zwangsanleihe fallengelassen worden ist und dafür **andere Maßnahmen** in Aussicht genommen sind.

Der Reichskanzler wird auf der Reise nach Münster begleitet von dem Reichspressechef, Ministerialdirektor **Marcks**, und dem Leiter des Inlandsreferates der Presseabteilung, Oberregierungsrat Dr. **Heide**. — Die Rückfahrt erfolgt bereits am **Sonntagabend**, so daß der Kanzler am **Montag früh wieder in Berlin** ist. Am **Montagabend** reist er dann nach Neudeck, um dem **Reichspräsidenten** die Einzelheiten des Programms vorzutragen und ihm gleichzeitig über die **innerpolitische Lage** Bericht zu erstatten.

Ob die Notverordnung — es können aber auch mehrere sein — bereits jetzt in Neudeck unterzeichnet wird, steht im Augenblick noch nicht fest. Mit dem Reichskanzler wird auch Staatssekretär Dr. Meißner nach Neudeck fahren, wahrscheinlich auch die Reichsminister von Gayl und General von Schleicher. Darüber wird aber endgültig wohl erst heute nachmittag entschieden werden.

Reichsbahn und Auftragserteilung

Eine weitere Eingabe des Langnamvereins

CNB. Düsseldorf, 27. Aug. (Priv.-Tel.) Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen hat, wie er mitteilt, bei den zuständigen Reichs- und Staatsministerien, sowie bei der Reichsbahnhauptverwaltung erneut dringende Vorstellungen über die Notwendigkeit erhoben, Reichsbahnarbeiten und -aufträge in das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reiches einzubeziehen.

Durch die seit Anfang April dieses Jahres festzustellende **Auftragsdrosselung** der Reichsbahn habe sich die ohnehin bedrängte Lage sowohl der eisenschaffenden als auch der eisenverarbeitenden Industrie in einem Maße zugespitzt, das zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß gebe. Es handle sich um wirklich produktive Aufwendungen, da mit verhältnismäßig geringen Kosten ein hoher sozialer Nutzaufwand erzielt werde, Tausende von Arbeitskräften wieder eingestellt werden können und brachliegende Stoffe aktiviert würden.

Darüber hinaus sollte aber auch die Frage einer eingehenden Prüfung unterzogen werden, ob nicht wenigstens in bescheidenem Umfange auch Mittel für eine **zusätzliche Auftragsvergebung** frei gemacht werden können. Der gegenwärtig ungewöhnlich niedrige Preisstand der Bedarfsstoffe rechtfertige auch Käufe, die unter günstigeren Zeitumständen vielleicht erst nach und nach hätten getätigt werden können. Angeregt wird in der Eingabe u. a. eine beschleunigte Vergebung von **Ausbesserungsarbeiten** für die etwa 60 000 Einheiten umfassenden reparaturbedürftigen Fahrzeuge und in gewissem Umfange auch die Vergebung von **Neubestellungen**.

Die Revolution in Brasilien

Die Lage in Rio de Janeiro

Nach einem Bericht von **St. Paulo** sollen die **regierungstreuen Truppen** in **Rios**, wo die Situation bedenklich zu werden beginne, ein **Blutbad** angerichtet haben. In der Avenida Rio Branco, einer der Hauptverkehrsstraßen **Rios**, soll sogar mit Maschinengewehren auf Demonstranten geschossen worden sein.

Von aufständischer Seite wird versichert, daß **bereits** zahlreiche Persönlichkeiten auch in der Hauptstadt für die revolutionäre Bewegung gewonnen seien. Insbesondere sei der frühere Präsident der Republik, **Bernadez**, mit 5000 seiner Anhänger zu den Aufständischen übergegangen und auch zahlreiche Marineoffiziere befänden sich schon im Lager der Revolutionäre.

Vom Marineministerium in Rio wird offiziell mitgeteilt, daß es der **Regierung** gelungen sei, die Erhebungen in den Gegenden von **Obidos** am Amazonenstrom zu unterdrücken. Die Aufständischen seien in die Flucht geschlagen und werden von Kanonenbooten verfolgt. Aus **Porto Allegre** wird gemeldet, daß Flugzeuge der Revolutionären die Stadt **Guapira** mit Bomben belegten, wobei drei Menschen getötet und acht schwer verletzt wurden.

Der neue Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Dr. **Schwarzkopf**, hat am Freitag die Amtsgeschäfte übernommen.

Badische Holzwirtschaft

C. Leonhard Albert, Dipl.-Volkswirt, Karlsruhe.

I.

Sieht man unsere Holzwirtschaft in den letzten 25 Jahren an, so findet man, daß bis zum Kriege ein gleichmäßiges, rentables Wohlergehen ihr eigen war. Im Kriege hatte der Waldbesitz unter erschwerenden, unvermeidbaren Zwangsmaßnahmen naturnotwendigerweise zu leiden. Dadurch entstand in dieser Zeit (1916/17) der **Badische Waldbesitzerverband**, dessen Ziel war, dem Schutz des Waldbesitzes zu dienen, somit war er als eine Erhaltungsorganisation gedacht. Diese Aufgabe hatte er auch getreulich in der schweren Zeit kurz nach dem Kriege mit größter Energie weiterverfolgt. Ihm schlossen sich bei seiner Gründung die waldbesitzenden Gemeinden, der Großwaldbesitz, sowie auch der mittlere und kleinere Waldbesitz an. Heute hat er gegen 320 000 Hektar des nichtstaatlichen Waldbesitzes in sich organisiert.

Waren die schweren Tage der Nachkriegszeit einigermaßen glimpflich abgelaufen, so setzte aber schon mit der sich ausdehnenden Inflation die erste Etappe der **rückläufigen Tendenz** in unserer **Holzwirtschaft** ein. Meist wurden nur **Scheingewinne** erzielt, welche ohne **substanziellen Dauerwert** waren. Mögen auch die Jahre 1927 und 1928 einen gewissen Aufschwung gebracht haben, sehr rasch waren die Erfolge dieser Jahre dahingeschwunden, aufgebraucht in der **absatzmangelnden Folgezeit** und durch die **Fehldispositionen**. Immer krasser und krasser zeigte sich die **einsetzende Unterbewirtschaftung** in ihrer irrealen Auswirkung. Bis zum heutigen Tage ist die Verschlechterung in der badischen Holzwirtschaft derart weit fortgeschritten, daß man ruhig von einer Katastrophe in der heimischen Holzwirtschaft sprechen kann, ja sogar muß.

Mannigfaltig sind die **Gründe**, welche diese rückläufige Tendenz verursachten und sie weitertrieben. **Am einschneidendsten wirkt die Verschiebung zwischen dem Überangebot an Holz und dem geminderten Verbrauch**, insofern, als dies heute **unüberbrückbare, tatsächliche Gegensätze darstellen**. Aber auch noch andere Momente beeinflußten maßgeblich diesen Holzwirtschaftskomplex, so die **Handelsverträge**, die **Eisenbahntarifpolitik**, sowie das **Steuerwesen**. Doch darüber mehr im 2. Teil dieser Betrachtung.

Die badischen **Waldbesitzverhältnisse** verteilen sich, nach einer Statistik aus 1930, wie folgt:

Waldungen	Hektar	in %
des Staates	101 644,08	17,1
der Gemeinden	262 764,51	44,4
der Körperschaften	21 697,27	3,7
der ehemaligen Grund- und Standesherren	60 770,45	10,3
sonstiger Privater	145 462,03	24,5
ergibt:	592 338,34	100,0.

An Holzarten finden wir hauptsächlich vertreten: **Fichte, Tanne, Buche, Eiche** und **Kiefer**. Der Umtrieb unserer Wälder, nach Hochwaldwirtschaft gerechnet, vollzieht sich in 100 bis 110 Jahren. **Nur** der **Hochwald** garantiert eine möglichst ergiebige **Nutzholzerzeugung**. Darum stellte man in den letzten Jahrzehnten immer mehr die Mittelwaldwirtschaft ab und pflegte diese Art von Waldbewirtschaftung mit besonderem Eifer.

An Erträgen zogen wir in normalen Jahren als Nutzungsmasse im allgemeinen pro Hektar 9 Fstm. im Staatswald, 8 Fstm. im Gemeindewald und 6 Fstm. im größeren Privatwald. Bezieht man den Ertrag des ganzen badischen Waldes auf die gesamte badische Waldfläche, so werden wir Badener wohl den **höchsten Ertrag unter allen deutschen Ländern haben**, nämlich rund 3 Millionen Kubikmeter bei einem Ertrag von etwa 30 bis 40 Millionen Reichsmark, berechnet in normalen Durchschnittswerten.

Die Anfälle aus den jährlichen Schlägen ergeben ungefähr **45 Proz. Nutzholz** und **55 Proz. Brennholz**. Die Tendenz, den Nutzholzertrag immer mehr zu steigern, kann man selbst heute in den schwierigsten Zeiten ganz klar erkennen, denken wir nur an die Schulungsbestrebungen (Waldbauschulen), wie auch an die unterstützende Tätigkeit der amtlichen Stellen und Organisationen, welche nachdrücklich um eine neue Gesundung unsere Holzwirtschaft heftig kämpfen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Des weiteren ist zu bedenken, daß in normalen Zeiten unsere Holzwirtschaft einer großen Zahl ländlicher und industrieller Bevölkerung ganz, oder zum Teil, das tägliche Brot schuf.

In der reinen Forstwirtschaft waren voll beschäftigt:

Beamte und Angestellte	2 000	Menschen
Holzhauer	45 000	Menschen
Wegarbeiter	10 000	Menschen
Kulturarbeiter(innen)	8 000	Menschen
zusammen	65 000	Menschen.

Hier hinzu sind zu zählen (auch voll beschäftigt):

Arbeiter für Holzabfuhr	15 000
Beschäftigte der Sägeindustrie	21 000
Arbeitnehmer der Papierindustrie	24 000
	60 000.

Somit **beschäftigte Baden normal 125 000 Menschen** in seiner Holzwirtschaft. Diese Zahlen entsprechen der Praxis, d. h. so stark war unsere Holzwirtschaft schon beschäftigt, ohne dabei aber an Rekordzahlen, oder Spitzenzahlen, zu denken. Wenn wir hiervon 40 Prozent als heute beschäftigt annehmen, so dürfte diese Zahl ungefähr den **Beschäftigungsgrad** festhalten.

Bei einem so normal besetzten Arbeitsverhältnis, wie die badische Holzwirtschaft es zuließe, wäre sofort ein erheblicher Teil der finanziellen Beanspruchung seitens des Reiches und der Gemeinden hinfällig, da die Arbeitslosenunterstützung oder die Fürsorge für diesen Produktionszweig in Wegfall käme. Es wäre aber nur dann daran zu denken, wenn auch bei der **Abnehmerschaft dieses Gewerbezweiges ein Aufschwung einsetzen würde.** Immer zeigt sich als **Symptom der Krise** das **schwere Darniederliegen der Urproduktion,** die **untrennbar** mit der **verarbeitenden Industrie verbunden ist,** dann, wenn es letzterer schlecht geht. **Der Urproduktion ist die Lebensader abgebunden.** Nur die Wiederbelebung der gesamten Wirtschaft wird ihre Nöte und Sorgen mildern und allmählich abstellen können.

Die Löschung von Hypotheken und Grundschulden. Zu den Ausführungen des Artikels in Nr. 193 der „Karlsruher Zeitung", in denen bemerkt ist, daß man unter öffentlicher Beglaubigung nur die gerichtliche und notarielle Beglaubigung von Unterschriften versteht, werden wir darauf hingewiesen, daß sich diese Angabe nicht mit § 29 des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Oktober 1925 (Gesetzes- und Verordnungsblatt Seite 287) deckt. In dem Landesgesetz ist gesagt, daß für die öffentliche Beglaubigung von Unterschriften auch der Bürgermeister am Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort des Antragstellers zuständig ist.

Die französischen Luftmanöver. — Die Abwehr versagt. Der „Matin", der einen Sonderberichterstatter zu den im Raum von **Metz** abgehaltenen französischen Luftmanövern entsandt hat, meldet heute, daß es einer größeren Anzahl von Flugzeugen gelungen sei, durch die Verteidigungssperre durchzukommen und ihre Aufgabe, Metz zu bombardieren, theoretisch auszuführen.

General Sanjurjo begnadigt. Der spanische Präsident **Zamora** hat die gegen General **Sanjurjo** ausgesprochene Todesstrafe in lebenslänglichen Kerker umgewandelt. — In **Barcelona** ist der **Erzherzog Karl von Habsburg und Bourbon,** Sohn des verstorbenen Erzherzogs Leopold, **verhaftet** worden, weil er angeblich in die letzte monarchistische Verschwörung verwickelt sein soll. Die Menge versuchte, den Kraftwagen des Erzherzogs in Brand zu stecken. — Die Umwandlung der über General **Sanjurjo** verhängten Todesstrafe in lebenslängliche Zuchthausstrafe hat in den linksgerichteten Kreisen starke Erregung hervorgerufen. In **Orduna** veranstalteten die Kommunisten eine Protestkundgebung, bei der eine Person getötet und mehrere verletzt wurden. In **Barcelona** planen die Gewerkschaften für Montag einen 24stündigen Proteststreik.

Wahlpflicht in Chile. — Gefängnis für Nichtwähler. Havas meldet aus **Santiago de Chile,** daß das neue Wahlgesetz die Wahlpflicht vorschreibt. Bei Nichterfüllung der Wahlpflicht werden Geld- bzw. Gefängnisstrafen verhängt.

Die Lage im Reich

Verlängerter Schwebezustand

In Berliner politischen Kreisen beschäftigt man sich natürlich lebhaft mit der Frage, wie sich die Lage nach dem **Zusammentritt des Reichstages** am kommenden Dienstag weiter entwickeln wird. Man rechnet jetzt als sicher damit, daß der Reichstag gleich nach seiner Konstituierung und der Wahl des Präsidiums **eine Pause** einlegt, damit die Zentrumsabgeordneten am Katholikentag teilnehmen können. Das bedeutet, daß bei normalem Verlauf die angekündigten **Mißtrauensanträge** und der Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen erst in der **darauffolgenden Woche akut** werden. Die Entscheidung über das **Schicksal des Reichstages,** die sich daraus zwangsläufig ergibt, wird somit um sicher eine Woche verzögert werden. Diese Entscheidung liegt natürlich beim **Reichspräsidenten.** In unterrichteten Kreisen zweifelt man aber nicht mehr daran, daß er dem Kanzler bei seinem Besuch in Neudeck die **Auflösungsvollmacht** für den Fall der Gefahr erteilen wird, daß durch die Aufhebung der Notverordnungen in unserem ganzen Rechtsleben ein Vakuum eintritt.

Auf die Frage, wie die Dinge sich nach der Auflösung weiter entwickeln werden, gibt es heute noch keine bestimmte Antwort. In der Presse sind ja bereits eine Anzahl von Möglichkeiten behandelt worden, darunter u. a., daß die **Neuwahl** auf Grund einer durch Notverordnung herbeigeführten **Wahlreform** erfolgt. Darüber aber vermag noch niemand etwas Bestimmtes zu sagen, zumal die beiden wichtigsten Probleme einer Reform, nämlich das **Wahlalter** und das **Proporzsystem,** nicht im Wahlgesetz, sondern in der **Verfassung** festgelegt, die natürlichen Grenzen einer Änderung auf Grund des Artikel 48 also recht eng sind.

Schließlich hängt die oben behandelte Verzögerung der letzten politischen Entscheidungen auch mit den **Besprechungen** zusammen, die in **Süddeutschland zwischen Zentrum und Nationalsozialisten** stattgefunden haben; sie sind noch nicht abgeschlossen, sondern gehen im Laufe der nächsten Woche weiter. Inzwischen wollen die Unterhändler mit ihren Freunden Fühlung nehmen, um ihnen über die erste Aussprache zu berichten und festzustellen, ob sich die Grundlage einer Zusammenarbeit, also einer **parlamentarischen Regierungsmehrheit** finden läßt. Man beurteilt, wenn auch für das Zentrum eine maßgebende Persönlichkeit wie Dr. Brüning an den Verhandlungen beteiligt ist, die Aussichten doch recht skeptisch. Immerhin liegt es auf der Hand, daß sowohl das **Zentrum** als auch die **Nationalsozialisten** ein Interesse daran haben, die **Auflösung des Reichstages** zumindest solange zu **verhindern,** wie **diese Verhandlungen** im Gange sind.

Der „DAZ." zufolge, soll von Zentrumsseite nur das Finanz- und das Arbeitsministerium gefordert worden sein, für die Dr. Brüning und Dr. Stegerwald in Vorschlag gebracht worden seien. In diesem Zusammenhang verlautet, daß ein Vertrauensmann des Zentrums nach Neudeck zum **Reichspräsidenten** entsandt worden sei, um die Ansichten des Reichspräsidenten über eine etwaige **Stillegung des Reichskabinetts** zu sondieren.

Das Stuttgarter Zentrumsorgan zu den Koalitionsgesprächen

ENB. **Stuttgart,** 27. Aug. (Priv.-Tel.) Über die Verhandlungen zwischen **Nationalsozialisten und Zentrum** schreibt das Stuttgarter Zentrumsorgan, das **„Deutsche Volksblatt":** Es darf heute schon als feststehend betrachtet werden, daß es zu **keiner Koalitionsregierung alten Stils kommt.** Wir gehen davon aus, daß eine Zusammenarbeit zwischen Zentrum und Nationalsozialisten im Reich, wenn es dazu kommen sollte, unter einem **ähnlichen Regime** erfolgt, wie unter **Brüning.** Die starke Position, die durch die Entwicklung der letzten Jahre dem Amt des **Reichspräsidenten** zugewachsen ist und die auch einem Kabinett des Vertrauens zukommt, braucht nicht beseitigt zu werden, soweit nicht die unerläßlichen **Rechte des Parlaments** und die **Vorschriften der Reichsverfassung** davon berührt werden. Diese Linie wird man festhalten müssen, obwohl es unter Umständen leichter wäre, durch straffe koalitionspolitische Bindungen die Nationalsozialisten zum Einschlagen einer Politik nach den Grundsätzen der Reichsverfassung anzuhalten, was unerläßliche Voraussetzung ist. Auf der genannten Grundlage könnte also eine Zusammenarbeit zwischen Zentrum und Nationalsozialisten erfolgen, **wenn die Zeit überhaupt schon reif ist dazu.**

Der selbständige Mittelstand an den Reichskanzler

ENB. **Berlin,** 27. Aug. (Priv.-Tel.) Das **Reichskartell des selbständigen Mittelstandes** hat in einem Schreiben an den Reichskanzler zu dem **geplanten Wirtschaftsprogramm** der Reichsregierung Stellung genommen und erklärt, daß „nur die Anwendung alterprobter Wirtschaftsgrundsätze, die **Achtung** vor der verantwortungsbewußten verantwortlichen **Einzelpersönlichkeit,** die freie **Entwicklung** aller gesunden Kräfte, die Förderung deutscher Arbeit und ihres Produktes, die gerechte Verteilung der auf das allernotwendigste einzuschränkenden Lasten und der Rückzug der öffentlichen Hand aus der Privatwirtschaft" die Wege seien, die zum Wiederaufbau führen könnten.

Die Schlußberatungen über das Wirtschaftsprogramm

In der Reichskanzlei begannen am Freitag die Kabinettsberatungen über das **Wirtschaftsprogramm.** Sie werden auch noch den heutigen Samstag ausfüllen, weil der Reichskanzler am Sonntag in seiner Rede in Münster einen Überblick über die neuen Maßnahmen geben will. Bis dahin muß das Kabinett also zu einem gewissen Abschluß gekommen sein. Über die Einzelheiten wurde in amtlichen Kreisen strengstes Stillschweigen bewahrt, weil offenbar in bestimmten Dingen eine Lösung bisher noch nicht gefunden worden ist. Es wird betont, daß sich bei den Beratungen am Freitag eine außerordentlich gute Zusammenarbeit gezeigt habe. Das ist wohl auch deshalb bemerkenswert, weil der **Reichsbankpräsident** an der Sitzung teilgenommen hat und damit die Gerüchte entfallen dürften, die in den letzten Tagen, namentlich im Hinblick auf die Finanzierungspläne, von Differenzen mit Dr. Luther wissen wollten. Es dürfte das Richtigste sein, die Rede des Kanzlers in Münster abzuwarten, der man schon jetzt mit begreiflicher Spannung entgegensieht.

Im Nachstehenden sei kurz das erwähnt, was über den **Inhalt** der Beratungsgegenstände bisher verlautet, ohne daß jedoch bereits Beschlüsse vorliegen:

Das Wirtschaftsprogramm soll durch eine **neue Notverordnung** in Kraft gesetzt werden. Das Projekt einer dreiprozentigen **Zwangsanleihe,** von der die Landwirtschaft ausgenommen sein soll, wurde besprochen. Der Ertrag der Zwangsanleihe soll vorzugsweise zur Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsplänen, also sogenannten Ankurbelungszwecken, dienen. Daß das Programm der Regierung darüber hinaus, entsprechend der Ankündigung des Kanzlers in seiner Rundfunkrede vom 30. Juli, auch weitgehende **handelspolitische Maßnahmen** enthält, die auf der Linie der **Autarkie** liegen, ist schon früher mitgeteilt worden. Die Forderungen der Landwirtschaft laufen auf die Einführung von **Einfuhrkontingenten** für alle land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse, Nahrungs- und Genußmittel, hinaus. Die Bewirtschaftung der Kontingente soll mehr oder weniger der öffentlichen Hand obliegen. Eine Entscheidung des Kabinetts dürfte jedoch nicht gefallen sein. Fest steht, daß eine Förderung des **Baumarktes** in Aussicht genommen ist. Auch die Abwendung von dem Handelsvertragssystem der Meistbegünstigung und der Übergang zur **Kontingentierungspolitik** im ganzen darf wohl als sicher gelten. Außerdem soll das **Zinsproblem** dahin geregelt werden, daß bei inländischen Verbindlichkeiten **überhöhte Zinsen als Kündigungsmöglichkeit der Verträge** angesehen werden, wobei, wie schon angedeutet, Schiedsstellen als Zwischeninstanzen vorgesehen sind.

Vizeadmiral a. D. Kirchhoff †. In **Reichenhall** ist nach längerer Krankheit Vizeadmiral a. D. Kirchhoff im Alter von 81 Jahren verschieden. Der Name des Verblichenen ist mit der Geschichte der deutschen Marine auf das engste verbunden.

Der Landesvorstand der württembergischen Wirtschaftspartei hat seine Auflösung und den **Übertritt zur Deutschnationalen Volkspartei** beschlossen.

Die neuen nationalsozialistischen Minister in Thüringen haben sich verpflichtet, ein Ministergehalt mit einer Auszahlung von nicht über 7000 RM. in Anspruch zu nehmen.

Die Berliner „Rote Fahne" ist vom 26. August bis 2. Sept. 1932 einschließlich **verboten.** Das Verbot ist auf einen Artikel zurückzuführen, in dem außergewöhnlich scharfe Angriffe gegen das von dem Berliner Sondergericht gefällte Urteil erhoben werden.

Drohender Textilarbeiterstreik in England. Verhandlungen zur Beilegung der Schwierigkeiten in der Baumwollindustrie von Lancashire sind am Freitag in **Manchester** gescheitert. Der für den 27. August angeordnete Streik von über **200 000 Arbeitern** wird daher, falls nicht noch in letzter Minute Schritte unternommen werden, heute einsetzen.

Kleine Chronik

Zu den gemeldeten **Devisenschiebungen** in **Ludwigshafen** wird mitgeteilt, daß es sich bei dem verhafteten Bankdirektor Alexander **Glanz** nicht um einen früheren Direktor der Allgemeinen Elsässischen Bankgesellschaft, sondern um den ehemaligen Direktor einer anderen Industriebank, namens **Glaß,** handelt.

Der etwa 20jährige Sohn des **Darmstädter** Apothekers Best, Rudolf **Best,** unternahm Anfang Juli eine Radtour nach Norddeutschland. Am Freitag wurde nun in der Lüneburger Heide seine stark verweste Leiche gefunden. Neben dem Toten lag ein ihm nicht gehörendes Fahrrad. Der Unterkiefer des Toten war gespalten. Ein Verkehrsunfall mit nachfolgender Beraubung ist nicht ausgeschlossen.

Wegen **versuchten Verrates militärischer Geheimnisse an Polen** verurteilte das Berliner Kammergericht den polnischen Staatsangehörigen Bruno **Knibba** zu **vier Jahren Zuchthaus,** zehn Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht. Knibba hatte versucht, geheim zu haltende Nachrichten über die Grenzverhältnisse zu sammeln, um sie an die polnische Nachrichtenstelle weiterzuleiten.

In **Breslau** kam es zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten am Freitagabend zu größeren **Schlägereien.** Dabei wurde ein Nationalsozialist schwer verletzt, drei Kommunisten erlitten leichtere Verletzungen. Drei Personen wurden zwangsgestellt.

Die Angelegenheit des in **Paris** ermordeten internationalen Hochstaplers, der sich als Prinz **Bourbon-Parma** ausgab, ist jetzt geklärt worden. Der „Prinz" ist ein 1862 in Mailand geborener Carlo **Lorioli,** der wiederholt wegen Spionageverdachtes verhaftet wurde. Er besaß in Mailand Frau und Sohn. Als „Prinz von Bourbon" schloß er aber in Amerika eine weitere Ehe, aus der ebenfalls ein Sohn entsproß.

---

16 Kommunisten, die im Juni an Zusammenstößen mit Stahlhelmern in **Hedersleben** (Mansfelder Seekreis) beteiligt waren, wurden in **Halle** zu je **3 Monaten Gefängnis** verurteilt.

In **Elmshorn** und Umgebung sind 6 weitere **SA.-Leute** wegen der **Handgranatenanschläge in Schleswig-Holstein** festgenommen worden.

Der Mord an dem Reichsbannerführer **Kotzek,** der am 17. August in **Lötzen** erschossen worden ist, hat nun seine Aufklärung gefunden. Als Täter wurde der 23 Jahre alte Nationalsozialist **Illas** aus Widminnen festgestellt. Er hat, wie aus der Vernehmung hervorgeht, beabsichtigt, den Arbeitersekretär **Piontek** zu treffen, der sich in Kotzeks Gesellschaft befand. Er wird sich demnächst vor dem Sondergericht in Lötzen zu verantworten haben.

Musikdirektor Georg Hofmann 25 Jahre im Dienste des Bad. Landestheaters

Am 1. September sind 25 Jahre verflossen, seit Musikdirektor **Georg Hofmann** als Chordirektor an das damalige Großherzogliche Hoftheater berufen wurde. Die Leistungen des Jubilars im Dienste des Landestheaters, wie auch seine Erfolge und Verdienste im gesamten Musikleben der Landeshauptstadt rechtfertigen es, dieses Tages zu gedenken. Georg Hofmann, ein geborener Bayer, kam nach einer gründlichen und umfassenden Aus- und Vorbildung nach Karlsruhe. Er studierte in München an der Kgl. Akademie der Tonkunst Musik, war Schüler von Rheinberger, Kellermann und Becht. Nach bestandener Prüfung kam er einige Jahre an das Stadttheater Basel als Kapellmeister und Solorepetiter. Er siedelte nach Karlsruhe über und wurde 1907 nach dem Ableben des Musikdirektors Guggenbühler als Chordirektor an das Landestheater berufen; 1913 wurde ihm der Titel eines Musikdirektors verliehen.

Georg Hofmanns Wirken am Landestheater spielt sich nicht öffentlich ab. Er ist Leiter des **Singchors.** Aber die hervorragenden Leistungen dieses Chors zeugen von der Arbeit des Meisters, von der Gewissenhaftigkeit und dem Fleiß des Lehrers. Wenn der Chor weit über Karlsruhe hinaus solch ein Ansehen genießt, so ist dies vor allem der Wirksamkeit von Musikdirektor Hofmann zu verdanken. Als Kapellmeister war Hofmann nur selten, leider, am Pulte zu sehen; aber, wenn es geschah, zeigte er sich auch hier als meisterlicher Führer des Orchesters, als tüchtiger Opernleiter. Als Spezialinstrument beherrscht Musikdirektor Hofmann die **Orgel.** Als Organist hat er sich einen bedeutenden Namen geschaffen. Und dann vor allem auch als **Dirigent von Gesangvereinen,** so des Liederkranz Karlsruhe, Konkordia Blankenloch, Frohsinn Bulach, Gewerbeverein Gaggenau usw. Diese Tätigkeit verschaffte ihm einen großen Einfluß im musikalischen und künstlerischen Leben der Stadt. Die Konzerte seiner Vereine standen auf vollendeter Höhe. Aus seiner Gesangsschule ging schon mancher Künstler und manche Künstlerin hervor. Es sind also nicht nur die Theaterfreunde, die dem geschätzten Leiter des Singchors herzliche Glückwünsche zum 25jährigen Jubiläum darbringen, darüber hinaus gedenken auch alle die tausende Mitbürger, denen Herr Hofmann mit seinen Vereinskonzerten Stunden hohen, künstlerischen Genusses geboten, des Wirkens dieses echten und bescheidenen Künstlers und wünschen ihm noch viele Jahre weiterer erfolgreicher Tätigkeit im Dienste der Musik und der Kunst. -r-

---

Um das Heidelberger Theater. Im Rathaus zu Heidelberg fand zu der Frage des Heidelberger Theaters eine Pressebesprechung statt. Der Oberbürgermeister machte die Mitteilung, daß der Stadtrat am Tage vorher für das Theater einen Zuschuß von 10 000 RM. unter der Voraussetzung bewilligt habe, daß der Spielplan des Theaters in der kommenden Spielzeit statt der Tanzoperette und der Spieloper die klassische Operette und die kleine Oper bevorzuge. Der Stadtrat glaubt, einen größeren Zuschuß nicht verantworten zu können; vielmehr sei es in erster Linie Aufgabe der Bürgerschaft, größtes Interesse für das Theater zu beweisen. Es ist beabsichtigt, eine Ermäßigung der Preise vorzunehmen. Intendant **Hahn** erklärte, daß es noch zu frühe sei, über den Spielplan etwas zu sagen. Der Zuschuß von 10 000 RM. sei viel zu gering, wenn man bedenkt, daß noch vor drei Jahren mit der Oper ein Barzuschuß von 280 000 RM. möglich war. Der Intendant glaubt, das Theater in den ersten Tagen des Oktobers eröffnen zu können.

Anna Rosegger †. In Krieglach (Steiermark) ist am Freitag die Witwe des Dichters Peter Rosegger, Frau Anna Rosegger, im Alter von 72 Jahren gestorben.

Der englische Forscher Watkens †. Nach einem bei der dänischen Grönländischen Verwaltung eingelaufenen Telegramm des Kolonieverwalters in Angmassalik hat der englische Polarforscher Watkens am 20. August bei Kajakulykka den Tod gefunden. Er hatte sich am 20. August mit einem Kajak allein auf die Seehundsjagd begeben. Man fand später mit dem Motorboot den Kajak des Forschers leer auf.

Hoover optimistisch

„Die Krise ist überstanden"

Die nationale Wirtschaftskonferenz in **Washington** wurde am **Freitag** vom Präsidenten **Hoover** mit einer längeren Ansprache eröffnet. Hoover forderte die versammelten Führer der Wirtschaft auf, **praktische Schritte in Richtung auf eine Wiederankurbelung der Wirtschaft** zu unternehmen.

Als Grund der Einberufung der Nationalen Wirtschaftskonferenz gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt gab der Präsident seine Überzeugung an, daß die **größte Finanzkrise der Weltgeschichte nunmehr überstanden** sei, und daß das **Vertrauen und Hoffnung auf eine Besserung in der ganzen Welt wiedergekehrt** seien. Daher sei nunmehr der Zeitpunkt gekommen, in dem man sich in die Lage versetzt sehe, die notwendigen Schritte zur Lösung der amerikanischen industriellen und landwirtschaftlichen Probleme zu unternehmen. Hoover sprach sich insbesondere für eine **Ausweitung der Kredite** und für eine **Kürzung der Arbeitszeit aus.** Außerdem forderte er eine möglichst weitgehende Teilung der Arbeitsgelegenheiten zu dem Zwecke, möglichst viele Arbeitslose wieder in den Produktionsprozeß einzureihen.

Im Anschluß an diese Eröffnungsrede unterbreitete der Finanzminister **Mills** der Konferenz ein sechs Punkte umfassendes **Arbeitsprogramm.** Franklin **Fort,** der Vorsitzende des Home Loan Bank Board, gab sodann bekannt, daß bereits ein wichtiger Schritt in diesem Sinne unternommen sei, da der Währungskontrolleur die Masseverwalter aller unter Zwangsverwaltung stehenden nationalen Banken angewiesen habe, sämtliche **Enteignungsverfahren,** die infolge der Kündigung von **Hypotheken** eingeleitet worden seien, auf 60 Tage auszusetzen.

Deutscher Sieg im Europa-Rundflug

Am Ausgangspunkt und Ziel des diesjährigen Europa-Rundflugs, in **Staaken** bei Berlin, ist am Freitagabend um 18.30 Uhr als erster Flieger der Deutsche **Seidemann** gelandet. Er wurde von der riesigen Menschenmenge geradezu enthusiastisch begrüßt. Um 19.18 Uhr landete als Zweiter der deutsche Flieger **Marienfeld** und um 19.33 Uhr als Dritter der deutsche Flieger **von Massenbach.** Erst heute, Samstagmorgen, trafen die weiteren Teilnehmer ein; heute früh um 7.14 und 7.23 Uhr die beiden deutschen Flieger **Junck** und **Osterkampf.**

*

Die Schwimmerin Ruth **Litzig** aus Herne hat, nachdem sie **73 Stunden 47 Min. ununterbrochen im Wasser gewesen** war, den bisherigen Weltrekord der Engländerin Mercedes Gleitze von 72 Stunden 9 Min. um eine Stunde 38 Min. **Dauerschwimmen** überholt. 15—20 000 Zuschauer feierten in **Dortmund** den Erfolg der Rekordschwimmerin, die sich in guter körperlicher Verfassung befindet.

Der holländische Schwimmer **van Rhyne,** der an den Olympischen Spielen in Los Angeles teilgenommen hat, schwamm in den Stromschnellen des **Niagarafalls** bis **ungefähr 100 Meter oberhalb der Wasserfälle.** Während die Zuschauer fürchteten, er würde von dem Wasserfall sozusagen aufgesogen werden und verschwinden, gelang es ihm, aus dem Strudel herauszuschwimmen und sich an Land zu retten.

Um das Schicksal der beiden amerikanischen **Ozeanflieger Lee** und **Bochkon,** die am 25. August in **Harbour Grace** zu einem **Fluge nach Oslo** über England gestartet waren, herrscht lebhafte Besorgnis. Ihr Brennstoffvorrat kann nur bis heute nacht 1 Uhr ausgereicht haben. Bis heute vormittag ist keine Nachricht über den Verbleib der Piloten eingegangen.

Kreuzer „Karlsruhe" vor Buenos Aires. Der Präsident der Republik und der Marineminister haben am Donnerstag den deutschen Kreuzer „Karlsruhe" besichtigt.

Badischer Teil

Zur Betätigung der Reichspost im Autoausflugsverkehr auf dem Bühler Höhengebiet

Auf eine nationalsozialistische Anfrage betr. die Betätigung der Reichspost im Ausflugsverkehr auf dem Höhengebiet von Bühl und Umgebung wurde vom **badischen Innenministerium** geantwortet, daß der badischen Regierung über die in der Kurzen Anfrage erwähnten Betätigung der Reichspost und die daraus den privaten Kraftwagenvermietern angeblich erwachsenden nachteiligen Folgen nichts Näheres bekanntgeworden sei. Auch seien irgendwelche Beschwerden von privaten Kraftwagenvermietern gegen die Ausübung des Kraftwagenverkehrs der Reichspost auf dem Höhengebiet bisher nicht eingelaufen. Da der ganze Kraftwagenverkehr des Höhengebiets in den letzten zehn Jahren durch die Reichspost in ständiger und verständnisvoller Fühlungnahme mit den Höhenorten und den Behörden zu einem reibungslosen Betrieb ausgebildet worden sei, der für die ganze Gegend und die dortige Fremdenindustrie von Nutzen ist, besteht für die badische Regierung hier zu weiteren Schritten kein Anlaß.

Lufthansa – Herbstflugdienst 1932

Nach Beendigung der Hauptreisezeit tritt am 1. September für sämtliche europäischen Luftverkehrsgesellschaften der **Herbstflugplan** in Kraft. Gegenüber dem etwas dichteren Sommer-Streckennetz treten insofern einige Veränderungen ein, als mehrere dem Erholungsreiseverkehr dienende Linien nach Sommerfrischen an der See und im Gebirge wegfallen. Der internationale und innerdeutsche Fernverkehr wird auch im September und Oktober in annähernd gleichem Umfange wie bisher aufrechterhalten. Die Lufthansa vermittelt den Verkehr nach 26 ausländischen Großstädten; 35 deutsche Verkehrszentren behalten auch weiterhin günstigen Anschluß an das europäische Luftverkehrsnetz. Auf den Strecken Berlin—Köln—Paris und Berlin—Königsberg—Moskau bzw. Leningrad wird der Sonntagsflugdienst auch fernerhin durchgeführt.

Neben 40 Strecken mit Passagierbeförderung führt die Lufthansa auf 4 Reichspoststrecken den Post- und Güterschnelldienst nach England, Holland, Skandinavien und den Balkanländern durch. Erfahrungsgemäß werden diese überwiegend während der Nachtstunden beflogenen Strecken auch in den Herbstmonaten sehr rege von der Geschäftswelt benutzt, da sie für den Transport eiliger Postsendungen und Expreßgüter außerordentlichen Zeitgewinn bieten. Während des Monats September beträgt die tägliche Flugleistung der Lufthansa-Flugzeuge rund 33 000 Kilometer; sie liegt nur etwa 15 Prozent unter der Spitzenleistung der sommerlichen Hauptverkehrsperiode.

Erfreulicherweise hat die Deutsche Lufthansa trotz Einschränkung der Flugleistung um etwa 6 Prozent in den Monaten Mai bis August 1932 eine 5prozentige Steigerung des Passagierverkehrs gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen. In Baden ist die Steigerung des Passagierverkehrs sogar auf 25 bis 30 Prozent zu beziffern. Zu diesem günstigen Ergebnis hat vor allem beigetragen, daß die Flugpreise der veränderten Wirtschaftslage angepaßt wurden und außerdem auf Rückflugscheine eine Ermäßigung von 30 Prozent gewährt wird. Sicherheit und Regelmäßigkeit haben den Verkehr weiter gehoben.

Aus der badischen Landwirtschaft

Vom Hopfen- und Tabakbau des Kraichgaues. Das Hopfenzupfen und Tabakfädeln steht, wie aus **Kronau** bei Bruchsal berichtet wird, zur Zeit in höchster Blüte. Wer keinen Hopfen oder keinen Tabak hat, der hilft dem Nachbar oder den Verwandten und hat dabei einen schönen Zeitvertreib. Das sog. „Lauern" zur Abendzeit ist auch noch anzutreffen und bringt allerlei Abwechslung. Obwohl schon viel sackreifer Hopfen bereit liegt und auf die Käufer harrt, haben sich bis jetzt nur wenige eingefunden. Der erste Kauf wurde am Donnerstag durch eine Bruchsaler Firma getätigt, die einige Ballen zum Preise von 75 RM. kaufte. Über den Preis ist man ein wenig enttäuscht. Der Tabak ist zum größten Teil unter Dach gebracht. Hinsichtlich der Qualität und Quantität sind die Pflanzer zufrieden. Für Grumpen wurden schon Angebote von 25 bis 28 RM. gemacht.

Frühe Ernte auf dem Hochschwarzwald. Infolge des ungewöhnlich heißen Augustwetters ist auf den sonnenseitigen Hochlagen die Ohmdernte bereits in vollem Gang, während einzelne Landwirte noch beim Heuen sind. Sogar das Korn ist schon reif und in den Höhenlagen über 900 m ist die Getreideernte, die sonst erst mehrere Wochen später als auf der Baar beginnt, in vollem Gange.

Trinken Sie für Ihre Nieren mal

Überkinger Adelheidquelle

Die Wirkung wird Sie überraschen. Sie bekommen sie überall. Den interessanten Prospekt mit frappanten ärztlichen Gutachten schickt Ihnen kostenlos die

Mineralbrunnen A.-G. Bad Überkingen

Gen.-Vertr.: Bahm & Bassler, Mineralbr.-Vertrieb, Karlsruhe, Zirkel 30, Telefon 255.

Aus der Landeshauptstadt

Der Ev. Jugend- und Wohlfahrtsdienst

Mit Genehmigung des Polizeipräsidiums veranstaltet der EJWD. am **Sonntag,** den 28. August, seine jährliche Straßensammlung, und in der **Woche vom 27. August bis 3. September** seine jährliche Haussammlung zugunsten seiner Fürsorgeeinrichtungen. Das Anwachsen der wirtschaftlichen und seelischen Not und der Rückgang der allgemeinen Steuermittel bringt diese Einrichtung der Fürsorge, durch deren Abteilungen im Jahr wohl etwa **10 000 Menschen** gehen, in große Schwierigkeiten. Darum ergeht die Bitte an die Karlsruher Bevölkerung, nach Möglichkeit ein Scherflein beizusteuern.

In der **Familienfürsorge** wurden 3000 Fälle im Zusammenarbeiten mit der Karlsruher Notgemeinschaft betreut; viele dieser Familien und Einzelstehenden blieben auch das Jahr über in der Betreuung des EJWD. Dazu kommen die Spezialzweige: Trinkerfürsorge, Fürsorge für entlassene Strafgefangene, für Wanderer, für Haltlose. Ohne materielle Hilfe ist eine erzieherische Betreuung unmöglich. In der **Kinderfürsorge** wurden 120 Kleinkinder und 500 Schulkinder in örtliche Erholungsfürsorge genommen, etwa 120 Kinder konnten zu längerem Aufenthalt im Elsaß und in der Schweiz untergebracht werden, fast 100 Pflegekinder kamen in Dauerpflegestellen aufs Land; über mehr als 300 Kinder werden gerichtliche oder freiwillige Schutzaufsichten geführt und eine größere Zahl von Vormundschaften oder Pflegeschaften vermittelt. — In der Fürsorge für männliche und weibliche **Jugendliche** werden etwa 400 junge Menschen laufend betreut, welche durch die Jugendgerichtshilfe, die Fürsorgeerziehung oder die Erziehungsberatung zum EJWD. kamen. Für manche konnten noch auswärtige Arbeitsstellen vermittelt werden. Der Mitarbeit im freiwilligen Arbeitsdienst wurde besondere Aufmerksamkeit geschenkt. — Das Haus **„Daheim",** als Einrichtung des EJWD., ist dauernd gut besetzt und bietet Gefährdeten Unterkunft und Rückhalt. Es stellte sich in den Dienst der Speisungen der Notgemeinschaft.

Reichskanzler von Papen und Frhr. von Gayl im Rundfunk. Die Reichsrundfunk-Gesellschaft teilt mit: Für die Tagung der **westdeutschen Bauernvereine,** die am Sonntag in Münster i. W. stattfindet, hat Reichskanzler von Papen die **Hauptrede** übernommen. Die im Mittelpunkt der Tagung stehende Ansprache des Reichskanzlers wird um **12 Uhr** vom Westdeutschen Rundfunk übernommen und **über alle deutschen Sender verbreitet** werden. Vorangehend wird am gleichen Tage um 11 Uhr als Ausschnitt aus der Goethe-Gedächtnisfeier zu Frankfurt a. M. die Rede des Reichsinnenministers **von Gayl** als Rundfunksendung geboten werden.

40jähriges Dienstjubiläum. Oberpostdirektor Albert Müller beim Postscheckamt Karlsruhe, beging am Freitag sein 40jähriges Dienstjubiläum. Seit 1. November 1926 hat er die Leitung des Karlsruher Postscheckamtes inne.

Wechsel in der Leitung des Badischen Frauenvereins. Geh. Regierungsrat, Landrat a. D. **Hochapfel** ist am 15. August nach mehr als siebenjähriger Tätigkeit aus Gesundheitsrücksichten aus seinem Amt als Präsident (Generalsekretär) des Badischen Frauenvereins vom Roten Kreuz ausgeschieden. Auf Vorschlag des Landesvorstands des Badischen Frauenvereins vom Roten Kreuz hat das badische Staatsministerium Regierungsrat **Ott,** welcher schon nahezu 30 Jahre bei dem Badischen Frauenverein vom Roten Kreuz tätig ist, zum Generalsekretär ernannt.

Badezüge nach Maxau und zurück. Am morgigen Sonntag verkehren wiederum die Badezüge nach Maxau und zurück. Die Fahrzeiten sind: Karlsruhe ab 13.35; Maxau ab 17.30 und 19.27 Uhr.

Der sechste Studenten-Tausender in Karlsruhe. Am Freitag wurde der sechste Studenten-Tausender gezogen. Die Gewinner sind durchweg bedürftige Leute, die um des Glückes willen einen Zehner geopfert haben.

50 Damenfahrräder wurden von unbekanntem Täter im Laufe des **Monats August** in hiesiger Stadt **gestohlen,** ohne daß sie bis jetzt wieder beigebracht werden konnten. Es scheint hier ein gewerbsmäßiger Fahrraddieb am Werke zu sein, welcher die Räder hier oder in der Umgebung weiterverkauft. Es ist daher beim Ankauf gebrauchter Damenfahrräder Vorsicht geboten, da sich die Käuferinnen unter Umständen einer Bestrafung wegen Hehlerei aussetzen und die gestohlenen Räder wieder herausgeben müssen, ohne daß ihnen der dafür bezahlte Kaufpreis ersetzt wird.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Der Spielplan sieht für Samstag, den 27. August, die Erstaufführung der Operette **„Graf von Luxemburg"** vor. Seit der Erstaufführung im Jahre 1909 in Wien hat sich diese Operette als eines der musikalisch wertvollsten Werke Lehars bis heute auf dem Spielplan der deutschen und ausländischen Bühnen erhalten. Das Buch von A. M. Willner und Robert Bodanzky hat bis heute noch nichts an seiner Wirkung eingebüßt. Eine Besetzung wie: Bauer, Toriff, Macher, Eberl, Schnitzer ist die sicherste Gewähr, daß die Aufführung eine der besten des Repertoires der diesjährigen Sommer-Operette wird. Die Vorstellung beginnt um 20 Uhr.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Samstagmorgen: Das mitteleuropäische Hochdruckgebiet hat sich stark verflacht und nach Südosten zurückgezogen. Wir werden daher wieder in den Bereich westlicher Luftzufuhr gelangen. **Wettervorhersage für Sonntag, den 28. Aug.:** Leicht bewölkt, schwül und zum Teil gewittrig.

Wasserstände: Waldshut 285 minus 2, Basel 89 unverändert, Schusterinsel 174 plus 14, Rheinweiler 91 plus 1, Kehl 292 minus 4, Maxau 441 minus 7, Mannheim 323 minus 5, Caub 207 minus 3.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Landshausen** (Amt Bruchsal), 26. Aug. Wie wir bereits berichtet haben, bestand die Vermutung, daß das **Großfeuer** am Dienstagabend durch **zündelnde Kinder** verursacht worden ist. Wie sich nun herausgestellt hat, spielte das fünfjährige Söhnchen des Heinr. Karl in dem elterlichen Schopf mit Streichhölzern und hat damit die Katastrophe herbeigeführt.

DZ. **Iffezheim,** 26. Aug. Der Eröffnungstag der **Großen Badener Rennwoche** fällt in diesem Jahre bekanntlich auf den nächsten Sonntag. Am Freitagnachmittag lief in Iffezheim der erste Pferdesonderzug ein. Der erste Transport — aus Hoppegarten und Frankfurt — brachte 50 bis 60 Teilnehmer nach Baden-Baden, darunter die Kandidaten für das Fürstenbergrennen. Nach den letzten Meldungen wird die Hauptprüfung des ersten Tages wahrscheinlich ohne französische Beteiligung ausgetragen, da „Gulnare" voraussichtlich nicht am Start erscheinen wird.

DZ. **Gütenbach,** 26. Aug. Mit Hilfe des freiwilligen Arbeitsdienstes hat der Schwarzwaldverein einen **neuen Wanderweg** fertiggestellt, der durch die wenig bekannte Deichbachschlucht führt und die romantischen Deichbachwasserfälle erschließt. Der Weg führt weiter zu den Zweribachwasserfällen.

DZ. **Lörrach,** 27. Aug. Das **250jährige Stadtjubiläum** wurde offiziell mit einem **Festkonzert** feierlich eingeleitet. Eine Reihe weiterer Veranstaltungen am Samstag und Sonntag werden folgen.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	27. August Geld	27. August Brief	26. August Geld	26. August Brief
Amsterdam 100 G.	169.73	170.07	169.73	170.07
Kopenhagen 100 Kr.	77.52	77.68	77.52	77.68
Italien . . 100 L.	21.59	21.63	21.60	21.64
London . 1 Pfd.	14.57	14.61	14.56	14.60
New York . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.50	16.54	16.50	16.54
Schweiz . . 100 Fr.	81.72	81.88	81.78	81.94
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Die Landesbank für Haus- und Grundbesitz in **Karlsruhe,** die kürzlich die Zahlungen eingestellt hat, strebt einen Zahlungsaufschub auf 2 Jahre an. In dem gerichtlichen Vergleichstermin wird eine Sparergruppe wegen der offensichtlich starken Benachteiligung der Gläubigerinteressen durch eine zweijährige Stundung den Antrag stellen, daß Gläubiger mit einem Anspruch von mehr als 50 RM. mit 40 Prozent innerhalb 4 Wochen befriedigt werden, während der Rest zinslos gestundet und 1933 in zwei Raten abgedeckt werden soll.

Krisenbekämpfung in der Rheinschiffahrt. Die am 12. Juli im Haag eingesetzte **internationale Studienkommission** zur Prüfung der Krisenbekämpfungspläne in der Rheinschiffahrt hat am Dienstag in **Königswinter** ihre Arbeiten aufgenommen. Nachdem der der Öffentlichkeit bekannte Plan auf **Herabeichung** der Rheinschiffe wegen rechtlicher Schwierigkeiten hinsichtlich der Mannheimer Rheinschiffahrtsakte von seinem Verfechter (Generaldirektor Dr. **Welker** vom Haniel-Konzern) zurückgezogen worden war und die Studienkommission die vorliegenden Abwrackpläne hauptsächlich ebenfalls wegen der entgegenstehenden rechtlichen Bedenken nicht weiter zu verfolgen gedenkt, hat man sich auf die Weiterbearbeitung von zwei Vorschlägen geeinigt. Hierbei handelt es sich um den von holländischer Seite angeregten Plan zur **Stillegung** eines Teils von Kahnraum, der die Mithilfe der Uferregierungen voraussetzt, und einen deutschen Vorschlag zur Bildung eines **Konsortiums der Reedereien,** der die Einmietung und teilweise Stillegung von Kahnraum **ohne Regierungshilfe** vorsieht. Die Studienkommission wird auf Einladung der französischen Vertreter ihre nächste Sitzung voraussichtlich am 22. September in Straßburg abhalten.

Staatsanzeiger

Ersatz der aus der Staatskasse bezahlten Viehseuchenentschädigungen.

Zur Deckung des auf Grund des Viehseuchenentschädigungsgesetzes vom 20. Oktober 1910 von den Tierbesitzern zu ersetzenden Aufwands an Seuchenentschädigungen für das Rechnungsjahr **1931** ist eine Umlage von 58 Rpf. für jedes Stück Rindvieh zu erheben.

Karlsruhe, den 25. August 1932.

Der Minister des Innern.

J. V.: Weitzel.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus.

Spielplan vom 30. August bis 4. September 1932

Dienstag, 30. Aug. **Die Csardasfürstin.** 20 bis 23 (2,60).
Mittwoch, 31. Aug. **Der Graf von Luxemburg.** 20 bis gegen 23 (2,60).
Donnerstag, 1. Sept. **Die Csardasfürstin.** 20 bis 23 (2,60).
Freitag, 2. Sept. **Die Geisha.** 20 bis 22.15 (2,60).
Samstag, 3. Sept. Zum erstenmal: **Die Dubarry.** Operette von Paul Knepler und J. M. Welleminsky. Musik nach Carl Millöcker von Theo Mackeben. 20 bis gegen 23 (2,60).
Sonntag, 4. Sept. **Die Dubarry.** 19.30 bis gegen 22.30 (2,60).

In Vorbereitung: **„Bunter Abend".**

Geschäftliches

Künstliche Augen werden demnächst in **Karlsruhe** durch die Firma **F. Ad. Müller Söhne, Wiesbaden,** in Anwesenheit der Patienten nach der Natur angefertigt und eingepaßt. (Siehe Inserat.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Samstag, Montag, Dienstag

Die letzten Tage unseres Serienverkaufs M.15

KNOPF

Der **Evang. Wohlfahrtsdienst**
Karlsruhe, Erbprinzenstraße 5
Postscheckkonto 187
bittet die Karlsruher Mitbürger um
freundliche Spenden
für seine M.14
Jugendfürsorge und Kinderhilfe!
Straßensammlung: Sonntag, 28. August
Haussammlung: 27. August bis 3. September

Assistenzarztstelle

Die **Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen** (Baden) sucht zum sofortigen Eintritt einen ledigen Assistenzarzt. Vorerst vertragsmäßige Verwendung im Angestelltenverhältnis. Vergütung nach Gruppe 10 des Tarifabkommens für die Angestellten der bad. Staatsverwaltung. S.138

Bewerbungen sind schriftlich an die Direktion der Anstalt zu richten.

PORPHYRWERK DOSSENHEIM
HANS VATTER
DOSSENHEIM ½ BERGSTR.
Liefert aus Schloß- u. Heckenmarkbruch erstklassiges
STRASSENBAU-MATERIAL

Ingenieur-Schule Weimar
Flugzeugbau / Fliegerschule / Papiertechnik
Eigene Lehrwerkstätten
Maschinenbau / Elektrotechnik / Automobilbau
Prospekt anfordern

Städtische Sparkasse Neckargemünd

— Oeffentliche Sparkasse —

Bilanz per 31. Dezember 1931

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
Kassenbestand	5 614,24	Spareinlagen	789 564,02
Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postscheckamt	1 544,34	Aufw.-Spareinlagen	93 301,93
Wertpapiere	3 150,—	Giro- und Kontokorrenteinlagen	84 354,82
Wechsel	2 728,75	Depositeneinlagen	71 371,73
Darlehen auf Hypothek	653 013,10	Anlehenskapitalien	7 270,36
Darlehen in laufender Rechnung an Private	69 001,96	Vorschüsse	3 090,64
Darlehen auf Schuldschein	77 769,21	Aufwertungsabrechnungskonto	10 687,93
Darlehen an Gemeinden	174 730,—	Gesetzlicher Reservefonds	58 616,96
Aufwertungsforderungen	115 266,40	Geschäftsgewinn von 1931	16 849,40
Einnahmerückstände	13 996,14		
Überziehung a. Girokonten	3 393,83		
Gerätschaften	1,—		
Einlage beim Spargiroverband	14 600,—		
Betreibungskosten u. sonst. Vorschüsse	298,82		
	1 135 107,79		1 135 107,79

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

8% aus 1 038 592,— RM	= 83 087,36 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1931	75 466,36 RM
Somit weniger	7 621,— RM

Neckargemünd, den 2. Februar 1932. S.139

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Müßig, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter: Kaiser.

Künstliche Augen
fertigen wir naturgetreu für unsere Patienten M.11
F. AD. MÜLLER SÖHNE, WIESBADEN,
in Karlsruhe i. B. Hotel Nowack, Nowack-Anlage 19, Ecke Ettlinger Straße, vom 5. bis 7. September 1932

Versteigerung

Dienstag, 30. August 1932, 10 Uhr, versteigere ich i. A. für Rechnung dessen, den es angeht, in meinem Büro, **Goethestraße 18, II. r., 2 versilb. Leuchter.** M.13

Hesch, Goethestraße 18.

Entwässerungsarbeiten (Bodenleitungen) für die Herstellung eines Erziehungsheimes des Reichsbahnwaisenhorts in Freiburg (zirka 600 m Gußrohre und zirka 800 m Steinzeugrohre) in mehreren Losen zu vergeben. Pläne und Bedingnisheft beim Reichsbahn-Neubauamt Freiburg, Wilhelmstraße 48 III, täglich von 15—18 Uhr, zur Einsicht; daselbst auch Abgabe der Angebotsvordrucke, solange Vorrat reicht. Einreichung der Angebote mit entsprechender Aufschrift, postfrei, bis **Mittwoch, 14. 9. 32, 16 Uhr.** Zuschlagsfrist 4 Wochen. **Reichsbahn-Neubauamt Freiburg i. Br.** S.136

Badisches Landestheater

Sommer-Operette im Städt. Konzerthaus

Sonntag, 28. August 1932

Die Csardasfürstin

Operette von Leo Stein und Bela Jenbach
Musik v. Emmerich Kálmán
Dirigent: Stern
Regie: Reißner
Mitwirkende:
Schnitzer, Kratzer, Eberl, Toriff, Schönthaler, Macher, Bauer, Mateo, Mehner, Löser
Anfang 19½, Ende 22½,
Preise 1—3 RM

Formulare
liefert preiswert
G. Braun GmbH.
Karlsruhe
Karl-Friedrich-Straße 14

Zentralhandelsregister für Baden

Achern. C.240

Im Handelsregister A Band II O.-Z. 24 wurde bei der Firma **Vogt, Herzberg & Co.** in Oberachern eingetragen: Der bisherige Gesellschafter Martin Herzberg in Achern ist infolge Todes am 2. Febr. 1931 aus der Gesellschaft ausgeschieden. Dessen Witwe Amelie geb. Siebert ist an dessen Stelle als Gesellschafterin eingetreten, gleichzeitig ist diese auf 31. Dezember 1931 aus der Gesellschaft ausgeschieden. Der weitere Gesellschafter Wilhelm Hoferer, Eisenhandlung in Oberachern, ist ebenfalls aus der Gesellschaft ausgeschieden. Die verbleibenden Gesellschafter Karl Vogt und Alfred Vogt in Oberachern führen das Geschäft unter der alten Firma weiter. Zur Vertretung der Gesellschaft sind die beiden Gesellschafter Karl Vogt und Alfred Vogt nur in Gemeinschaft ermächtigt.

Achern, den 24. Juni 1932.
Bad. Amtsgericht.

Achern. C.254

In das hiesige Handelsregister Abt. B, Band II, O.-Z. 5 wurde bei der Firma **Mechanische Bindfadenfabrik Oberachern A.-G.** in Oberachern eingetragen: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 13. Juni 1932 ist: a) das Grundkapital in erleichterter Form herabgesetzt. Das Stammkapital beträgt nunmehr noch 500 000 RM. Stammaktien und 40 000 Vorzugsaktien. b) Das Statut mit seinen späteren Abänderungen ist in seinen §§ 17—21 (Bestimmungen bzgl. des Aufsichtsrats) geändert. c) Die §§ 3 und 4 des Statuts — Grundkapital und Aktien — sind geändert gemäß der durch die Generalversammlung dem Aufsichtsrat erteilten Ermächtigung. d) § 24 des Statuts (Instruktion des Vorstandes) ist geändert. Die Prokura des Heinich Bonnhoff ist infolge Todes erloschen. Mit Genehmigung des Aufsichtsrats ist dem Kaufmann Leonhard Rehn in Oberachern Gesamtprokura mit einem Vorstandsmitglied oder einem der übrigen Prokuristen erteilt.

Achern, den 28. Juni 1932.
Bad. Amtsgericht.

Baden-Baden. C.261

Handelsregistereintrag Abt. B Bd. II O.-Z. 34. Firma **B. Retter & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Baden-Baden. Die Vertretungsbefugnisse der Liquidatoren ist beendigt, die Firma erloschen. 29. VI. 32.)

Baden-Baden, 29. Juni 1932.
Bad. Amtsgericht I.

Bühl, Baden. C.255

Handelsregistereintrag. Firma **Albert Blödt, Nachfl. Emilie Köninger** in Neuweier. Angegebener Geschäftszweig: Handel mit Kolonialwaren, Manufakturwaren und Schuhen.

Bühl, den 21. Juni 1932.
Amtsgericht.

Heidelberg. C.256

Handelsregister Abt. A Bd. 1 O.-Z. 41: Die Firma **Otto Sammler** Nachfolger Otto Feser in Heidelberg ist erloschen.

Heidelberg, 28. Juni 1932.
Amtsgericht.

Kehl. C.245

Handelsregister.

Firma **Deutsche Renault-Automobil-Gesellschaft mit beschränkter Haftung,** Kehl a. Rhein. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung von Kraftfahrzeugen jeder Art und der Vertrieb aller von der Firma „Société Anonyme des Usines Renault" zu Billancourt a. S. hergestellten oder vertriebenen Fabrikate. Außerdem übernimmt die Gesellschaft die Ausführung von Kommissionsgeschäften, die Durchführung der Verkaufspropaganda und die Erledigung aller Zoll-, Speditions- und ähnlicher Angelegenheiten für die Firma „Société Anonyme des Usines Renault" zu Billancourt a. S. in Deutschland. Stammkapital: 50 000 RM. Geschäftsführer sind: Jean Guillelmon, Kaufmann in Billancourt, Henry Platrier, Kaufmann in Viroflay, Lionel Martin, Kaufmann in Frankfurt a. M. Der Gesellschaftsvertrag ist am 23. November 1927 festgestellt und durch Beschluß der Gesellschaftsversammlung vom 26. Februar 1932 in § 1 (Sitz) und in § 2 (Gegenstand des Unternehmens) geändert. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so sind jeweils zwei derselben zur gemeinsamen Vertretung der Gesellschaft und Zeichnung der Firma berechtigt, soweit nicht bei der Bestellung eines Geschäftsführers oder durch späteren Gesellschaftsbeschluß einem Geschäftsführer das Recht eingeräumt wird, die Gesellschaft allein zu vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so ist derselbe berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Von den Geschäftsführern Guillelmon, Platrier und Martin ist jeder allein vertretungsberechtigt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichs-Anzeiger.

Kehl, den 22. Juni 1932.
Bad. Amtsgericht.

Kehl. C.246

Handelsregister

Crowe & Cie., Elsässische Transportgesellschaft mit beschränkter Haftung in Straßburg, Zweigniederlassung Kehl. Gegenstand des Unternehmens: Internationale Transporte. Stammkapital: 800 000 frz. Frs. Geschäftsführer ist: Joseph Reinling, Direktor in Straßburg. Den Speditionsleitern Karl Schlotter in Herlisheim und Karl Herde in Straßburg sowie dem Hauptbuchhalter Albert Thommen in Straßburg-Neudorf ist Prokura in der Weise erteilt, daß jeweils zwei Prokuristen für die Firma vertretungsberechtigt sind. Der Gesellschaftsvertrag ist am 8. August 1924 abgeschlossen. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Journal Officiel de la République Française.

Kehl, 22. Juni 1932.
Bad. Amtsgericht.

Kehl. C.247

Handelsregister.

Firma **Arthur Philippe** in Kehl: Inhaber der Firma ist jetzt: Kaufmann Willy Wende in Kehl, dessen Prokura damit erloschen ist. Der Übergang der im Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen u. Verbindlichkeiten bei dem Erwerbe des Geschäfts durch Kaufmann Willy Wende ist ausgeschlossen.

Kehl, 21. Juni 1932.
Bad. Amtsgericht.

Kehl. C. 248

Handelsregister.

Firma Willstätter Elektrizitätswerk, Aktiengesellschaft in Willstätt: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 24. Mai 1932, wurden die nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 19. September 1931 außer Kraft getretenen Bestimmungen der §§ 14 und 18 des Gesellschaftsvertrags über den Aufsichtsrat mit der seitherigen Fassung erneut in Kraft gesetzt.

Kehl, den 22. Juni 1932.
Amtsgericht.

Kehl. C.262

Handelsregister. Firma **Auto-Vulca Marc Stump,** in Kehl: Die Firma ist erloschen.

Kehl, 28. Juni 1932.
Bad. Amtsgericht.

Kenzingen. C.241

Im Handelsregister B wurde bei Fa. **Hch. Mayer-Seramin Nachf. G. m. b. H.,** in Kenzingen, eingetragen: Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 3. Mai 1932 wurde der Gesellschaftsvertrag vom 3. Febr. 1931 abgeändert bzw. ergänzt.

Kenzingen, 15. Juni 1932.
Amtsgericht

Lörrach. C.263

Handelsregistereinträge:
Vom 22. Juni 1932:

„Ph. Suchard G. m. b. H.", Lörrach: Der Technische Leiter Albert Dubois in Basel ist nicht mehr Geschäftsführer; an seine Stelle ist Kaufmann Dr. Hans Staehle in Lörrach zum Geschäftsführer mit der Maßgabe bestellt, daß er berechtigt ist, die Gesellschaft zusammen mit einem andern Geschäftsführer oder mit einem Prokuristen gemeinschaftlich zu vertreten.

„S. Kahn", Lörrach: Die Firma ist erloschen.

Vom 24. Juni 1932.:

„Max & Fritz Muny, Baugeschäft", Lörrach: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die bisherigen Gesellschafter sind Liquidatoren und befugt, einzeln zu handeln.

Vom 25. Juni 1932:

„Schulteß & Co.", Lörrach: Die Gesellschaft ist aufgelöst; die Firma ist erloschen.

Bad. Amtsgericht Lörrach.

Mannheim. C.242

Handelsregistereinträge
vom 25. Juni 1932:

Heinrich Lanz Aktiengesellschaft, Mannheim: Die Generalversammlung vom 13. Mai 1932 hat die Herabsetzung des Grundkapitals in erleichterter Form um 5 350 000 RM beschlossen. Die Herabsetzung ist erfolgt. Die gleiche Generalversammlung hat weiter zur Durchführung des mit der Lenz-Werth, Nähmaschinenfabrik Aktiengesellschaft in Zweibrücken, abgeschlossenen Fusionsvertrags die Erhöhung des Grundkapitals um 350 000 RM. beschlossen. Die Erhöhung ist durchgeführt. Das Grundkapital beträgt jetzt 7 000 000 Reichsmark. Durch Beschluß der Generalversammlung vom 13. Mai 1932 ist der Gesellschaftsvertrag geändert: 1. an Stelle der Bezeichnung „Satz" ist in den Ueberschriften und im Text des Gesellschaftsvertrags einheitlich die Bezeichnung „§" gewählt; 2. die durch die Verordnung vom 19. September 1931 außer Kraft getretenen Satzungsbestimmungen über die Zusammensetzung und Bestellung des Aufsichtsrats und über die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats sind durch die neugefaßten §§ 14 bis 19 und die Wiedereinführung des § 31, Abs. 1, Ziffer 4 ersetzt; 3. § 5 (Grundkapital, Aktienstückelung), §§ 11, 13 (Vorstand), § 21 (Stimmrecht), § 24 (Beschlüsse der Generalversammlung) sind geändert und neu gefaßt; 4. die §§ 12, Abs. 1, Ziffer 1 und 2 (Willenserklärungen der Gesellschaft) und 28 Abs. 1, Satz 1 (Protokoll über die Generalversammlung) sind geändert; 5. § 2, Abs. 4, § 22, Abs. 4, § 26, Abs. 2 und 3, § 27, Abs. 2, § 29 Abs. 1, Satz 2 und die §§ 34 bis 36 sind gestrichen. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Das Grundkapital ist jetzt eingeteilt in 7000 Stück auf den Inhaber lautende Aktion über je 1000 RM.

Cahn & Mayer Aktiengesellschaft, Mannheim: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 20. Mai 1932 sind die gemäß der Verordnung vom 19. September 1931 außer Kraft getretenen, den Aufsichtsrat betreffenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags, nämlich § 8 unverändert und § 10 unter Streichung des letzten Satzes, wieder in den Gesellschaftsvertrag eingefügt worden.

Deutsche Textilvereinigung Aktiengesellschaft — Detag — Berlin, Zweigniederlassung Mannheim, in Mannheim, mit dem Hauptsitz in Berlin: Eugen Schmidt, Josef Becker, Paul Koppel und Karl Schreiber sind nicht mehr Vorstandsmitglieder.

Alfons Beßler, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Dem Wilhelm Schwerin in Mannheim ist Prokura erteilt.

Klibec-Reifen-Vertrieb für Süddeutschland Gottlieb Majer, Mannheim: Die Firma ist erloschen.

Amtsgericht, F.-G. 4, Mannheim.

Offenburg, Baden. C.257

Handelsregistereintrag A Bd. I O.-Z. 126 zu Firma **Josef Menzer,** Möbelmagazin in Offenburg: Das Geschäft samt Firma ist mit Aktiva und Passiva auf Josef Menzer, Tapeziermeisterwitwe, Maria geb. Böck, in Offenburg übergegangen.

Offenburg, den 24. 6. 1932.
Amtsgericht III.

Pforzheim. C.243

Handelsregistereinträge.
Vom 18. Juni 1932.

Firma Albert Beißmann, Pforzheim: Neue Firmeninhaberin ist Luise Beißmann geb. Gauß, Ehefrau des Fabrikanten Albert Beißmann in Pforzheim.

Firma Wilh. Stöffler, Pforzheim: Dem Kaufmann Adolf Dewerth in Pforzheim ist Einzelprokura erteilt.

Firma Emil Becker, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Pforzheim: Emil Becker in Porzheim ist nicht mehr Geschäftsführer. Willy Schiller, Kaufmann in Pforzheim, ist zum Geschäftsführer bestellt.

Vom 21. Juni 1932.

Firma Friedrich Adam, Pforzheim: Der Firmeninhaber wohnt jetzt in Pforzheim. Dem Fräulein Hedwig Bischoff in Pforzheim ist Einzelprokura erteilt.

Die Firmen **August Holzhauer, Mathias Schreiber und Louis & Emil Schneider,** Pforzheim, sind erloschen.

Vom 24. Juni 1932.

Firma Huber & Co., Pforzheim. Offene Handelsgesellschaft seit 1. April 1932. Persönlich haftende Gesellschafter sind Berta Huber geb. Krämer, Ehefrau des Karl Huber, Kaufmann, und Fritz Ilge, Uhrmacher, beide in Pforzheim.

Amtsgericht Pforzheim.

Radolfzell. C.244

Handelsregister A. Die Firma **August Kratt & Co.** in Radolfzell ist geändert in „August Kratt, Kaufhaus in Radolfzell".

Radolfzell, den 23. Juni 1932.
Amtsgericht.

Rastatt. C.258

Handelsregistereintrag Abt. B Band II O.-Z. 12 zur **Süddeutschen Papierhandels-Aktiengesellschaft** in Rastatt: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 16. Juni 1932 ist die Gesellschaft aufgelöst. Die bisherigen Vorstandsmitglieder Richard Baer und Julius Roos, beide Fabrikanten in Rastatt, sind Liquidatoren. Jeder der beiden Liquidatoren ist allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt.

Rastatt, 25. Juni 1932.
Amtsgericht.

Waldkirch, Breisgau. C.259

Es wird beabsichtigt, die nachgenannten Firmen von Amts wegen zu löschen:

a) Firma **Kleiderfabrik Elzach Hermann Burger,** Elzach; b) Firma **Elzacher Bekleidungshaus Inh. Theresia Burger,** Elzach. Die Inhaber der genannten Firmen, nämlich Hermann Burger, Schneidermeister in Elzach, und Theresia Burger geb. Gehring in Elzach, jetzt an unbekannten Orten, werden aufgefordert, binnen 3 Monaten gegen die beabsichtigte Löschung Widerspruch zu erheben. Wird innerhalb der genannten Frist kein Widerspruch erhoben, so erfolgt Löschung der beiden Firmen gem. § 31 H.-G.-B. und § 141 F.-G.-G.

Waldkirch i. Br. 17. Juni 1932.
Bad. Amtsgericht.

Druck G. Braun, Karlsruhe